

2.2 Der Klavierbau in Deutschland

2.2.1 Der politische Raum - Deutschland um 1850

Der Zeitraum um die Jahrhundertmitte war in Mitteleuropa geprägt von dem Bemühen zur Schaffung eines Nationalstaates (vgl. Henning 1995: 323). Politische Eckpfeiler hierbei waren u. a. der Deutsche Bund und die Gründung des Deutschen Zollvereins. Der folgende Abschnitt dient einem Abriss der in diesem Zusammenhang bedeutsamen außen- wie auch die innenpolitischen Umstände.

Außenpolitisch befand sich Preußen in einem fortwährenden Dualismus mit Österreich. Das Verhältnis der beiden europäischen Großmächte war seit dem Wiener Kongress (1815) von einem Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft im Deutschen Bund und die Festigung der politischen Positionen geprägt. Dabei versuchte Fürst Metternich, den Machteinfluss innerhalb und außerhalb des Habsburgerreiches gegenüber Preußen und dem von Preußen dominierten Deutschen Bund bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu maximieren.¹¹¹

Ist in dieser Studie von Deutschland die Rede, so sind damit zunächst die neununddreißig deutschen Einzelstaaten gemeint, die nach dem Wiener Kongress bis zur Reichsgründung 1871 bestanden (vgl. Deutscher Bundestag 1993: 104 ff., 156 ff.). Einziges Bindeglied dieses ‚Flickenteppichs‘ war bis 1866 der Deutsche Bund. Er gestaltete sich als ein loser, völkerrechtlicher Staatenbund mit souveränen Mitgliedern und umfasste zunächst fünfunddreißig, zuletzt achtundzwanzig Fürstentümer und vier Freie Städte. Einziges Bundesorgan war die von den bevollmächtigten Delegierten gebildete Bundesversammlung, der Bundestag, der unter dem Vorsitz des österreichischen Vertreters in Frankfurt am Main tagte. Ihm folgte nach der Annektierung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Hessen-Nassau und der Stadt Frankfurt/M. durch Preußen ab 1867 der Norddeutsche Bund als Bundesstaat (vgl. Borchardt 1977: 164).

Der dieser Studie zugrunde liegende Untersuchungszeitraum wird innenpolitisch eingeleitet durch die Revolutionsereignisse der Jahre 1847/48. Vor dem Hintergrund einer gesamteuropäischen Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1846 verschärfen sich die politischen und sozialen Spannungen in Deutschland, so dass es um die Jahreswende 1847/48 zu Volksversammlungen, Bauernaufständen und Petitionen an die Regierenden kam. Die deutschen Fürsten sahen sich zu Konzessionen gezwungen: Sie gewährten liberale Verfassungen, beriefen liberale Ministerien, versprachen Presse- und Versammlungsfreiheit

¹¹¹ Dies war u. a. deshalb so schwierig, da Österreich als eine mit Ungarn verbundene Doppelmonarchie „gewissermaßen nur mit einem Bein im Verband des Deutschen Bundes stand“ (Kellenbenz 1981: 20).

und ein deutsches Parlament. Am 18. Mai 1848 wurde schließlich die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche eröffnet. In den Debatten des neugeschaffenen Parlaments verdeutlichte sich der Gegensatz zwischen der klein- und der großdeutschen Lösung des Nationalstaatsproblems. Die westdeutschen, insbesondere die rheinischen Katholiken, wollten sich durch eine großdeutsche Lösung vor der Dominanz der protestantischen Fürsten und des protestantischen Preußens schützen. So stand kleindeutsch-großdeutsch für den Gegensatz von protestantisch vs. katholisch, von norddeutsch vs. süd- und westdeutsch, aber auch für ein liberales Wirtschaftsbürgertum vs. eine stärker nach österreichischem Vorbild reglementierte wirtschaftliche Entwicklung. „Die Monarchie ohne Beteiligung eines Parlamentes entsprach den Vorstellungen der führenden politischen Personen“ (Henning 1995: 324) in Deutschland wie Österreich.¹¹² Vor dem Hintergrund einer gleichgeteilten republikanischen und demokratischen Stimmung war nach ereignisreichen Monaten das Angebot der Kaiserkrone an Erzherzog Johann aus Graz und den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. symptomatisch. Beide lehnten die ihnen von der Nationalversammlung angetragene erbliche Kaiserwürde ab, weil ihre Vorstellung keine Monarchie von Volkes, sondern von Gottes Gnaden war.¹¹³ Mit dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung ging die Verantwortung wieder auf den Deutschen Bund über, in dem es dann dem jungen Otto v. Bismarck gelang, mit seinen norddeutschen Verbündeten den Dauerrivalen Österreich 1866 zu besiegen (vgl. Borchardt 1977: 164). Über den Norddeutschen Bund¹¹⁴ als Nachfolgeorgan des Deutschen Bundes verfolgte er sein Ziel einer kleindeutschen Lösung mit einem Kaiserreich unter hohenzollernscher Krone.

Im Gegensatz zu England waren in Deutschland viele Weltanschauungsparteien mitverantwortlich für das Funktionieren eines politischen Systems. „Das Parteiensystem ist in seiner jeweiligen Entstehung und Erhaltung Ausdruck und Träger bestimmter politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind und konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft reflektieren“ (Lepsius 1973: 61). Das Parteiensystem war dabei Ursache wie Folge der Integrationskonflikte der Bevölkerung

¹¹² Gegengewichte wie z. B. die 1863 gegründete Sozialdemokratische Partei (SPD) haben mit den revolutionären Punkten in ihrem Programm innerhalb des Klassenkonfliktes in Deutschland nie ein wirkliches Übergewicht über den herrschenden Pragmatismus gewinnen können (vgl. Borchardt 1977: 197).

¹¹³ Sie empfanden die Wahl des bourbonischen Herzogs von Orleans, Louis Philippe, im Jahr 1830 zum von Bürgern gewählten König von Frankreich als abschreckendes Beispiel.

Politisch zeigte sich ihr unumschränkter Einfluss u. a. darin, dass die Minister fast ausschließlich dem Monarchen gegenüber verpflichtet waren und weniger der Regierung oder dem Parlament. Das Wahlrecht erfuhr mit der Wahl zum Norddeutschen Bund (1868/69) und im Jahr 1871 mit der Reichstagswahl eine entscheidende Verbesserung.

¹¹⁴ Er umfasste neben der Führungsmacht Preußen siebzehn norddeutsche Kleinstaaten, die Preußen im Krieg gegen Österreich unterstützt hatten. Die 1867 in Kraft getretene Verfassung des Bundes wurde zum Vorbild der Reichsverfassung von 1871.

in die politische Ordnung Nation. Verschiedene „Gesinnungsgemeinschaften“ spiegelten sich in den vier großen Gruppierungen wider, die das Grundmuster der politischen Organisation der deutschen Gesellschaft nach 1871 darstellten und deren kontinuierliche Entwicklung bemerkenswerte Stabilität bedeuteten: Konservative, Liberale, Zentrum und Sozialisten.

Die neue Gewerbeordnung - Vorschriften der Zollunion

Nur langsam setzte sich in Deutschland die Theorie Adam Smiths durch, dass ein größerer zusammenhängender Markt Handel und Gewerbe im Interesse aller Beteiligten befruchten kann. Nachdem 1810 mit der Verkündung der Gewerbefreiheit der entscheidende Schritt zur Entfaltung der freien Konkurrenz getan worden war, folgten mit der Zeit einige weitere wichtige Schritte, die die freie Marktwirtschaft förderten:

Zum einen wurden 1818 die preußischen Binnenzölle aufgegeben, zum anderen wurde im gleichen Jahr der Freihandel mit einer Verbrauchersteuer von nur 10 % auf fremde Waren eingeführt, so dass nun die preußischen Gewerbetreibenden der schonungslosen Konkurrenz der effektiver produzierenden englischen und französischen Manufakturisten ausgesetzt waren, und drittens wurde 1833¹¹⁵ der Zollverein gegründet, in dem sich 18 deutsche Staaten zu einem einheitlichen Handelsgebiet zusammenschlossen. Der zur Schaffung eines zollfreien innerdeutschen Wirtschaftsraumes mit Außenzollgrenzen gegenüber Drittstaaten begründete Verein war ursprünglich auf acht Jahre befristet, wurde dann aber um 12 Jahre verlängert und existierte schließlich bis zur Gründung des Kaiserreiches. Henning sieht in ihm „ein wichtiges Beeinflussungsinstrument der Vereinsmitglieder durch Preußen“ (1995: 324), vor allem in der Konkurrenzsituation mit Österreich. Münzvereinbarungen, die zu einem festen Wechselkurs der verschiedenen Währungen führten, ergänzten die Zollverträge (vgl. Stolper 1964: 19). Durch das neue Handelsgebiet entstand eine ebenfalls neue Angebots- und Nachfragesituation, durch die sich Produktion und Investitionen, Handel und Konsum ausweiteten (vgl. Weber-Fas 1997: 70 ff.; Heyde 1994: 109). Als einschneidend für die Wendung zum internationalen Freihandel bewertet Stolper den 1862 zwischen Preußen und Frankreich geschlossenen Handelsvertrag mit Meistbegünstigungsklausel. Dieser Vertrag wurde vom Zollverein übernommen und diente als Muster für mehrere Handelsverträge, die dieser mit Großbritannien, Österreich und Belgien abschloss.¹¹⁶ Die in diesen Verträgen enthaltene Meistbegünstigungsklausel bewirkte eine deutliche Herabsetzung der Zollbeträge (vgl. Stolper 1964: 40; Borchardt 1977: 196; Henning 1995: 169). Die Herabsetzung des Zolltarifs wirkte sich auch auf den preußischen Klavierbau aus: Dieser war nun einer starken

¹¹⁵ Vertrag vom 22. März 1833, gültig ab 01. Januar 1834 (vgl. Henning 1995: 323).

¹¹⁶ Vgl. Zuwachs des Außenhandels in den Jahren von 1835 bis 1873 i. H. v. 420 v. H. (vgl. Henning 1995: 173).

ausländischen Konkurrenz ausgesetzt, die zu einer Qualitätssteigerung der preußischen Instrumente führte (vgl. Heyde 1994: 139).

Michael Stürmer beschreibt die Bedeutung Berlins bzw. Preußens innerhalb dieses Prozesses folgendermaßen: „Werkstatt, Kontor und Anwaltskanzlei der deutschen Industrialisierung: in diesen drei Begriffen lässt sich die Rolle Berlins zusammenfassen. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes und der Aktivierung des Zollvereins durch Zollparlament und Zollbundesrat war 1867, wirtschaftlich gesprochen, die Reichsgründung schon vorweggenommen (...)“ (Stürmer 1987: 90).

Wichtig im Hinblick auf die Gründung eines Betriebes in dieser Zeit ist der Wandel der Gewerbeordnungen bzw. die Einführung der Gewerbefreiheit im 19. Jahrhundert. Zunftdenken und Zunftordnungen hatten bis dato den neuen wirtschaftsliberalen Vorstellungen vom freien Wettbewerb entgegengestanden. Die preußische Gewerbeordnung von 1845 und die des Norddeutschen Bundes von 1869 bestätigten die Gewerbefreiheit, verlangten aber in vielen Branchen Befähigungsnachweise der Betriebsinhaber (vgl. Stolper 1964: 19).¹¹⁷ Zugleich schränkten sie die Gewerbefreiheit aber auch unter bestimmten sozialen Gesichtspunkten, z. B. Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter oder Kinderarbeit, ein. Die Lösung eines Gewerbescheins schloss die Berechtigung ein, Lehrlinge und Gesellen zu halten. Die „musikalischen Instrumentenmacher“ (Heyde 1994: 76) mussten, um einen Gewerbeschein zu bekommen, in Preußen allerdings keine Eignungszeugnisse vorweisen.

Die Schattenseiten dieser neuen Freiheit zeigten sich darin, dass kein Handwerker mehr vor einer Überbesetzung seines Gewerbes sicher war, keine zunftgesteuerte Preiskonkurrenz mehr herrschte oder Betriebe vor der Konkurrenz durch die Einführung neuer maschinisierter Produktionsverfahren geschützt wurden.

2.2.2 Die Gründerjahre

Veränderung in der Produktionsweise und technologische Entwicklung

„Im 17. und 18. Jh. wurde unter Manufaktur eine zunftfreie Werkstatt verstanden, in der arbeitsteilig produziert wurde. Manufaktur gebrauchte man besonders im Zusammenhang mit dem Textilgewerbe, während Fabrik für solche Unternehmen bevorzugt wurde, in denen man mit Feuer und Hammer arbeitete“ (Heyde 1994: 77). Dabei lag im Unterschied zum Handwerksbetrieb die Produktionsleitung in den Händen des Manufakturisten und die Ausführung in denen des Arbeiters (vgl. Kocka 1975: 20). Nicht selten aber wurden die Begriffe Manufaktur und Fabrik unterschiedslos gebraucht. Eine scharfe eindeutige

¹¹⁷ Deshalb gehörte die Masse des Bürgertums nicht zu den Verfechtern der Gewerbefreiheit (vgl. Borchardt 1977: 154).

Abgrenzung der Begriffe Handwerk (Manufaktur) und Industrie (Fabrik) war so ohne weiteres nicht möglich, da auch die Gesetzgebung keine klaren, eindeutigen Begriffsformulierungen in dieser Frage schaffen konnte.¹¹⁸ Im 19. Jh. veraltete der Begriff Manufaktur und wurde mehr für größere handwerklich produzierende Betriebe verwendet, während in einer Fabrik Bearbeitungs- und Antriebsmaschinen eine große Bedeutung hatten. Ende des 19. Jahrhunderts erst entschied dann das Reichsgericht nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung: „Arbeitet der produzierende Arbeiter allein an der Fertigstellung des Werkes, so liegt Handwerk vor. Arbeiten verschiedene Arbeiter zur Fertigstellung –jeder nur an einem Teil des Fabrikates-, so gilt dies als Fabrikätigkeit“ (vgl. Rensmann 1942: 18).

Voraussetzung für die Gründung einer Manufaktur oder Fabrik war die Erteilung einer landesherrlichen Konzession, eine Bedingung, an der noch im Allgemeinen Landrecht (1794) festgehalten wurde. Mit der Konzession zur Gründung einer Manufaktur waren für den Manufakturisten (Fabrikanten) gleichzeitig kaufmännische Rechte beinhaltet, und zwar ohne die Pflicht, einer Kaufmannsgilde beizutreten. Vielmehr galt er als Unternehmer, der kein Handwerksmeister sein und nicht einmal ein Handwerk erlernt haben musste. Zu den Vergünstigungen bei der Konzessionierung der Manufakturisten gehörte schließlich, dass sie kein Bürgerrecht zu erwerben brauchten (Heyde 1994: 78). Von den für Manufakturen und Fabriken bedeutsamen Reform-Maßnahmen des Freiherrn v. Stein ist vor allem das Oktober-Edikt (1807) über die Abschaffung der Erbuntertänigkeit zu nennen. Es brachte den Bauern die persönliche Freiheit und das Recht, in die Stadt abzuwandern und die Söhne ein Handwerk erlernen zu lassen.

Der Weg zur fabrikmäßigen Klavierproduktion

Der Weg Preußens zur fabrikmäßigen, arbeitsteiligen Pianofortefabrikation verlief zum großen Teil nach englischem und französischem Vorbild und erfolgte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in drei Schritten, auf die nachfolgend ausführlicher eingegangen werden soll. Durch technologische Neuerungen wurde die innerbetriebliche Arbeitsteilung vorangetrieben, ein bestimmter Entwicklungsstand dieser Arbeitsteilung führte zur Abspaltung der außerbetrieblichen Bestandteileproduktion, die Einführung der Dampf- und Motorkraft vollendete das Grundkonzept einer Pianofortefabrik im engeren Sinne (Heyde 1994: 129).

¹¹⁸ Die Gewerbeordnung vom 21.06.1869 machte die Trennung der Begriffe abhängig von der Zahl der Beschäftigten. Waren es mehr als 10 Beschäftigte, so traf die Bezeichnung Fabrik zu.

Ähnlich wie in London, bedeutete auch in Berlin die Verselbständigung der Mechanik- und Klaviaturherstellung einen bedeutenden Schritt zur Entstehung von Fabriken. Als der Pariser Unternehmer Francois Rohden 1842 eine Dampfmaschine in seiner Mechanikfabrik einsetzte, konnten die Preise für die Mechaniken und damit auch für die Instrumente selbst weiter sinken, was ihren Absatz auch nach Preußen erheblich förderte. Nachdem 1840 in Hamburg L. Isermann mit Erfolg die erste deutsche Mechanikfabrik gegründet hatte, begann 1843 Carl Rodewald in Trier ein gleiches, jedoch etwas kleineres Unternehmen aufzubauen. Erst als 1854 Adolph Lexow in Berlin eine leistungsstarke Mechanikfabrik eröffnete, deren Erzeugnisse den französischen mit Erfolg Konkurrenz machten, ging es mit diesem Gewerbebranchen in Preußen aufwärts. Nachdem in Paris schon 1832 Charles Monto die erste Klaviaturenfabrik ins Leben gerufen hatte, entstanden in Preußen derartige Fabriken erst um 1860 in Berlin, das sich zum wichtigsten Standort der deutschen Mechaniken- und Klaviaturenfabrikation entwickelte, wie die Statistik von 1907 ausweist:

Mechanikfabriken

Standort	Betriebe	Beschäftigte
Berlin	8	2026
Liegnitz	1	36
Zeitz	1	55
Leipzig	3	447
Stuttgart	3	308

Tab. 1 (Heyde 1994: 131)

Klaviaturenfabriken

Standort	Betriebe	Beschäftigte
Berlin	8	314
Barmen	3	240
Langenberg	2	207
Stuttgart	3	106
Rudolstadt	4	102

Tab. 2 (Heyde 1994: 131)

Von der Mechanikerherstellung spaltete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch die Hammerkopfproduktion ab, die auf Filzzulieferungen angewiesen war. Nur beschränkte Bedeutung erlangten spezielle Rasten- und Umbau-Fabriken (u.a. Schiller Berlin 1884-1945) und Resonanzbodenfabriken.

Die Einführung neuer Holzbearbeitungsmaschinen und die der Arbeitsteilung veränderte das Berufsbild des Klavierbauers alten Typs, der ein Instrument von Grund auf zu bauen erlernt hatte, tiefgreifend. Bereits die nach französischem Muster eingerichtete Klavierfabrik von Eck & Lefevre in Köln beschäftigte 1847 in ihrer 68 Mann starken Werkstatt außer 12 Mechanik- und 2 Klaviaturmachern folgende Arbeitskräfte, die keine Instrumentenbauer waren bzw. zu sein brauchten: 6 Zuschneider, 16 Kastenmacher, 2 Saitenspinner, 1 Bezieher, 3 Bodenmacher, 12 Polierer, 1 Bildhauer, 1 Gelbgießer, 4 Schmiede, 3 Metallarbeiter und – drechsler, 1 Holzdrechsler, 3 Zusammensetzer, 2 Exaliseurs (Polierer), 1 Organisten sowie noch einige Schlosser, Furnierschneider, Beinschneider und Posamentierer als Zulieferer (vgl. Heyde 1994: 131). Eine Berufs- und Gewerbebeziehung im Jahr 1895 ergab, dass nur noch 51% der im Klavier-, Orgel- und Orchestrionbau Beschäftigten gelernte Instrumentenmacher waren. Preußen verdankte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den lange ausbleibenden Erfolg im Pianofortebau – im Vergleich zu England und Frankreich – wesentlich dem späten Einsatz von Maschinen. Erst nachdem die Industrielle Revolution auch den Klavier- und Harmonikabau erfasst hatte, waren entscheidende Voraussetzungen gegeben, dass Preußen zu einem bedeutenden Exportland auf diesem Gebiet werden konnte. In Preußen kam die erste Furniersäge erst 1805 auf. Von ebenso großer Bedeutung war die Erfindung von Maschinen zum Schneiden von Holzschrauben, worum sich die deutschen Mechaniker seit den 1820er Jahren bemühten; diese Maschinen lösten das Feilen mit der Hand bzw. die Verwendung der Leierkluppe (Schneidkluppe) für die Herstellung des Gewindes ab. 1828 entstand in Berlin die Harnach- und Hechtsche Schraubenfabrik, von der auch die Instrumentenmacher ihre Schrauben bezogen. Hier wurde ab 1845 auch die sog. Klavierschraube produziert, eine Senkkopfschraube mit großem Kopf und weitem Gewinde. Auch die Zapfen und Zapfenlöcher, bis 1840 herkömmlich mit Stemmeisen und Säge hergestellt, wurden dann maschinell gefertigt. Die Erfindung der Maschine zum Anspitzen der Schränk- und Anhangstifte für die Saiten war ein enormer Zeitersparnisfaktor. Ebenfalls nur für Klaviere zu gebrauchen war eine Maschine, mit der die Ösen der Drahtsaiten gedreht wurden (vgl. Heyde 1994: 448).

Um 1853/54 erfolgte in Preußen der Übergang zur endgültigen Durchsetzung des Fabrikensystems, das im Pianofortebau gekennzeichnet war durch die Einführung der

Dampfmaschine mit leistungsfähigen Holzbearbeitungsmaschinen, die in England und Frankreich zumeist schon lange bekannt waren. Auch das als Voraussetzung für die Anschaffung neuer Maschinen notwendige Kreditwesen verbesserte sich nach der 1848er Revolution deutlich. An Bearbeitungsmaschinen, die seither für den Instrumentenbau von Bedeutung waren, ist die 1855 aufgekommene Bandsäge die wichtigste. 1875 stand sie in jedem größeren Klavierbauunternehmen, wo sie vor allem zum Schneiden von Schweifungen und durchbrochenen Verzierungen sehr geeignet war. Im Instrumentenbau, speziell im Klavierbau, bürgerte sich die Dampfmaschine, mit der die Industrielle Revolution im engeren Sinne auf diesem Gebiet zu einem gewissen Abschluss kam, verständlicherweise erst ein, als die Pianofortefabriken eine Größe erreicht hatten, die einen rentablen Einsatz möglich machte, und dies geschah in Preußen etwa zehn Jahre später¹¹⁹ als in Frankreich, wo 1842 die Maschinenfabrik Rohden in Paris die erste Dampfmaschine anschaffte. Bis 1875 stieg der Bestand an Dampfmaschinen in preußischen Musikinstrumentenbau-Einrichtungen auf 17, im gesamten deutschen Instrumentenbau auf 43, wovon 3 in Berliner Fabriken arbeiteten, und zwar bei Adolph Lexow (1867, Klaviermechaniken), Ch. F. Pietschmann (Harmonika- und Orgelbau) und J. Altrichter (Blechblasinstrumentenbau). Nach 1860 hielten dann in den kleinen und mittleren Unternehmen auch die Gasmotoren, die Verbrennungsmotoren (seit 1861 bekannt) und die Elektromotoren (ab 1866) Einzug.

Die Gründerzeit und die Industrialisierungsphase im Klavierbau war gekennzeichnet von mangelnder Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Musikinstrumentenhersteller. Horst Link resümiert die Tendenz, „sich nicht in die Karten schauen zu lassen“ (Link 2000: 41). Unlauterer Wettbewerb, Patent- und Warenzeichenverletzungen sowie Diffamierungen von Konkurrenten spiegelten egoistische Zielsetzungen wider. Die Kooperationsfelder waren dementsprechend begrenzt. Zumeist beschränkten sie sich auf Arbeitgeberinteressen und Zollprobleme. Den Grund für lediglich vereinzelte Zusammenschlüsse innerhalb der Klavierindustrie zu Verbänden oder Kartellen bis 1914 führt Gerhard Roos auf den Charakter vieler Klavierfabrikanten zurück. „Jeder Betrieb hat seine eigene Konstruktion, seine besonderen in jahrzehntelanger Praxis gesammelten Erfahrungen, die er vor anderen ängstlich hütet. Daneben bestand ein äußerst lebhafter Konkurrenzkampf, der vielfach zu ungesunden Auswüchsen führte. Die gemeinsamen Interessen gegenüber Lieferanten und Behörden waren von geringerer Bedeutung. Tatsachen, die den Gedanken des Zusammenschlusses und der Gemeinsamkeit der Ziele wenig aufkommen ließen“ (Roos 1924: 23).

¹¹⁹ Am 16. September 1861 Einweihung des ersten Dampfhammers in der Essener Gussstahlfabrik Krupp (Rother 2001: 132).

2.2.3 Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Sprechen wir von Industrieller¹²⁰ Revolution in Deutschland, so schließt sich diese Studie in Bezug auf die Eingrenzung des Zeitrahmens der von Friedrich-Wilhelm Henning (1995) vorgenommenen Dreiteilung an (vgl. Kap. I, B, I). Er sieht im „Aufbruch zur Industrialisierung“ (1780/1800-1835) die erste Periode, die von vorindustrieller Armut¹²¹ geprägt war. Die Gründung der Fa. Bechstein fällt in die darauf folgende, von Henning als „erste Industrialisierungsphase“ bezeichnete Periode (1835-1873). Sie war Vorläufer der dritten Periode, des „Ausbaus der Industrie ab 1873 (bis 1914)“ (Henning 1995: 5-8).¹²² Als Voraussetzung und schließlich Ergebnis der ersten Industrialisierungsphase sind die erste und letzte Periode zwar sehr wichtig, werden aber mit Blick auf den Untersuchungsschwerpunkt dieser Studie nur hintergründig berücksichtigt.

Die Industrialisierung in Deutschland folgte der ihrer westeuropäischen Nachbarländer.¹²³ Im Gegensatz zu England dauerte es allerdings in Deutschland länger, „bis aus den ersten Anfängen eine breite Bewegung wurde“ (Borchardt 1977: 135). Genau genommen sind Ansätze auch in Deutschland schon Ende des 18. Jahrhunderts zu finden.¹²⁴ Somit ist eine exakte Datierung eines *take-off*¹²⁵ schwierig. Weil sich viele Entwicklungen Englands in Deutschland wiederholten (u. a. Bevölkerungs-, Agrar- und Verkehrsrevolution etc.), spricht Borchardt von einer „imitierten Industriellen Revolution“ (Borchardt 1977: 139). Er meint damit die aus dem Informationsgefälle zwischen England und Deutschland resultierende Ableitung der Entwicklung. Nichtsdestotrotz sind dennoch Unterschiede in den Strukturen und den zeitlichen Abläufen erkennbar. Zum einen war die Industrielle Revolution in England Voraussetzung aber auch Herausforderung für die Entwicklung in Deutschland geworden. Zum anderen hatte sich die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft schon vor den revolutionären Ereignissen allein auf Grund ihrer geographischen und historischen Situation deutlich von ihren Nachbarländern abgehoben.

¹²⁰ Das Wort Industrie hat seine Wurzeln im Lateinischen *industria* (Fleiß).

¹²¹ Auch als Pauperismus bezeichnet.

¹²² Spiethoff hat die erste und die letzte Periode als „Aufschwungphase“ und die mittlere Periode als „Stockungsspanne“ bezeichnet (vgl. Spiethoff, A. (1955): *Die wirtschaftlichen Wechsellagen Aufschwung, Krise, Stockung*, Bd. I, S. 114).

¹²³ Borchardt macht ein seit dem 16. Jh. existierendes West-Ost-Gefälle hierfür verantwortlich und begründet damit, warum Deutschland nie ein eigentliches Zentrum wirtschaftlichen Fortschritts in Europa war (Borchardt 1977: 141).

¹²⁴ 1767 erster kontinentaleuropäischer Kokshochofen in Sulzbach an der Saar; 1784 erste mechanische Baumwollspinnerei in Ratingen; 1783 erster Nachbau einer Watt-Dampfmaschine.

¹²⁵ „Der *take-off* kennzeichnet eine Revolution, die unmittelbar mit radikalen Veränderungen in den Herstellungsmethoden verknüpft ist, deren entscheidende Konsequenzen sich über einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum erstrecken“ (Rostow, W. (1960): *The Stages of Economic Growth*, London, S. 57).

Die Besonderheit der deutschen Entwicklung basierte auf einerseits hemmenden und andererseits förderlichen Faktoren zugleich. Die Wettbewerbsvorteile des ‚Zuspätkommens‘ lagen auf der Hand: die Übernahme fortschrittlicher Technik und das Vermeiden zeitaufwendiger Pionier-Irrwege, der gewinnbringende Aufbau auf reichhaltige Erfahrungsbestände (z. B. direkte Gründung von effizienten Großbetrieben ohne langsames vorheriges Wachstum), der Einsatz der Überschussbevölkerung zu relativ niedrigen Reallöhnen und ein immenser Reichtum an Ressourcen (Kohle und Eisenerz). Alles in allem aber brauchte auch Deutschland seine Entwicklungszeit. Die starke englische Konkurrenz war für die Entwicklung der deutschen Industrien auch hinderlich, was sich z. B. in weniger lukrativen Exportmärkten und einem hohen Preisdruck widerspiegelte. Der praktische Ausschluss von eigener Kolonialaktivität und die Lage der Gewerbezentren im Hinterland taten das Ihrige.

Wirtschaftlich gesehen waren die beiden Jahrzehnte nach 1850 eine Phase besonders intensiven Wachstums. Die Wachstumsrate des Inlandsprodukts lag im Durchschnitt bei 2,4% (vgl. Borchardt 1977: 167). Dies scheint auf den Umstand zurückzuführen zu sein, dass das Sozialprodukt in seinem Wachstum mehr vom organisatorisch-technischen Wandel und relativ weniger von der Vermehrung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bestimmt war. Für diesen organisatorisch-technischen Wandel war ein sich zunehmend intensivierendes Zusammenspiel von bürgerlich-privatwirtschaftlichem Engagement und staatlichen Aktivitäten zuständig. Wolfram Fischer (1972: 292, 293) hat die Funktionen, die der Staat (bzw. die Regierung) im Verhältnis zur Wirtschaft ausübte, anschaulich gegenübergestellt:

1. Der Staat als Gesetzgeber (Gewerbe- und Handelsgesetze, Patentgesetzgebung, Zoll- und Steuergesetzgebung);
2. der Staat als Administrator (Finanzpolitik, besonders Steuer- und Zollpolitik, Allgemeine Wirtschaftspolitik, insbesondere Gewerbeförderung und gewerbliches sowie technisches Schulwesen, Ausbau der Infrastruktur [Straßen, Kanäle, Brücken, Eisenbahnen]);
3. der Staat als Unternehmer (Land- und forstwirtschaftliches Eigentum, Bergwerks- und Industrieigentum, staatliche Banken und Versicherungsgesellschaften);
4. der Staat als Konsument und Investor (Bedarf von Hof und Verwaltung, Militärbedarf, Bedarf für die Infrastruktur).

Die Wirtschaft stellte diesen mannigfaltigen staatlichen Aktivitäten eine zunächst zwar nur kleine, aber ständig wachsende Anzahl aus unterschiedlichen Traditionen stammender Bürger, kleiner und großer Unternehmer, kreativer Techniker und aufstrebender Handwerker

gegenüber. Viele traten mit dem Staat in Verbindung und übernahmen Aufgaben im Kommunalwesen oder größere politische Verantwortung in den preußischen Provinziallandtagen. Es bildete sich ein eigener Lebensbereich der Wirtschaft heraus, in dem zum ersten Mal auf sichtbare Weise Unternehmertum und Staat zusammenarbeiten. Bürgerliche Schichten assoziierten sich mit der Absicht, gemeinsam Interessen durchzusetzen.¹²⁶

Landwirtschaftlich entwickelte sich Deutschland in der Zeit von 1850 bis 1870/80 von einem Agrarausfuhr- zu einem Agrareinfuhrland. Das lag an der Verringerung der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenreserven und dem beschleunigten technischen Fortschritt. Beides war nicht ausreichend, um die zunehmende Bevölkerung mit ihren wachsenden Ansprüchen agrarisch zu versorgen. Die Baumwollproduktion spielte im Gegensatz zu England in Deutschland keine Rolle im Industrialisierungsprozess. Mit der Flachs- und Wollspinnerei ging nach 1860 unter großem Preisdruck ein altes Handwerk und Hausgewerbe stark zurück. Ganz anders die Situation im Bergbau. Hier überholte um 1860 die Kohle das Holz und zunehmend auch das Eisenerz als Energieträger (vgl. Borchardt 1977: 176). Dank der starken Nachfrage kam es in der Zeit zwischen 1869 und 1874 zu einer Kohlennot und die Preise an der Ruhr stiegen um 100%.

Struktur und Produktionsverhältnisse im Gewerbe

Herrschte im 18. Jh. oftmals ein Mangel an Gesellen, so begann sich das Blatt nach dem Oktober-Edikt von 1807 zu wenden, demzufolge viele junge Landbewohner in die Städte strömten, um dort ihr Glück zu versuchen. Es entstand bald ein Überangebot an ungelernten, aber auch an gelernten Arbeitskräften, die im Falle der Arbeitslosigkeit vor großen Problemen standen. „Der Arbeitskräfteüberschuss und das Bestreben der Unternehmen, die Maschinen rationell auszulasten, führte insgesamt zu einer Verlängerung der Arbeitszeit, die zwischen 1830 und 1860 durchschnittlich bei 80 bis 85 Stunden pro Woche lag“ (Heyde 1994: 214). Die zunehmende Arbeitsteilung hatte auch manche Instrumentenmacher bewogen, niedrig bezahlte Kinder einzustellen. Hinsichtlich Frauenarbeit lag im Jahre 1907 bei der Herstellung der Großinstrumente (inkl. Mechanikproduktion) der Anteil in Preußen mit 8,2% (Berlin

¹²⁶ Rostow sieht vor allem die Wirtschaftsbürger als Förderer einer Industrialisierungsideologie (vgl. Rostow 1960: 44). Sicherlich kam es nach 1815 im Zuge der nationalen Einigungsbestrebungen zu einer Verknüpfung von wirtschaftlichen und nationalen Interessen (innenpolitisch zunächst z. B. durch die Gründung des Deutschen Handels- und Gewerbs-Vereins durch Friedrich List 1819 oder beispielsweise den Bau der Walhalla bei Regensburg von 1830-1842; außenpolitisch später beeinflusst z. B. durch die Politik Napoleons III.), aber im Grunde ist in einem sich nach außen abgrenzenden Nationalismus eine starke Beeinträchtigung der Wirtschaft in ihrer dauerhaften Entwicklung zu sehen. Die Unternehmer waren naturgemäß auf Expansion und damit auf die internationalen Märkte angewiesen. Entgegen Rostows Ansatz wirkte sich daher mit Sicherheit die Offenheit gegenüber ausländischen Einflüssen für eine Industrialisierung als deutlich förderlich aus.

9,5%) deutlich über dem Durchschnitt im Deutschen Reich von 6,7% (aaO.). Von den 1850er Jahren an lassen sich Bemühungen von Gehilfen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, belegen; zunächst in Zusammenhang mit den Ersatzkassen, deren eigentliche Aufgabe in einer geldlichen Unterstützung im Krankheits- oder Unglücksfall bestand, z.T. auch in der Erstattung der Arzt- und Arzneikosten. Da sich die Gesellen allerdings manchmal weigerten, den Kassen beizutreten, verpflichteten seit den 1850er und 1860er Jahren die Ortsstatuten der jeweiligen Städte die dort tätigen Gesellen und Arbeiter zur Mitgliedschaft. Die Firmeninhaber ihrerseits waren verpflichtet, auf der Grundlage des Gewerbegesetzes von 1845 in die Gesellenkasse einen wöchentlichen Beitrag für jeden Gesellen einzuzahlen, was manche zu umgehen suchten. In großen Betrieben wurden oftmals eigene Kranken- und Unterstützungskassen gegründet, manche Firmeninhaber, wie z.B. Carl Bechstein, lehnten es aber ab. In einem amtlichen Bericht von 1896 heißt es dazu über die Firma Bechstein: „Eine besondere Fürsorge um seine Arbeiter hat Bechstein aber bisher nicht an den Tag gelegt; er hat weder eine besondere Kranken-, Pensions-, Spar- und Unterstützungskasse seiner Fabrik gegründet, dennoch ist das Verhältnis zwischen ihm und seinen Arbeitern als ein gutes zu bezeichnen, da er, wenn es Noth thut, dieselben unterstützt (...)“ (Heyde 1994: 215).

Die Gesellenkassen, die seit 1840 entstehenden Arbeiterbildungsvereine und Handwerkervereine waren die Vorläufer der Fachgewerkschaften, die sich in der Zeit nach der 1848er Revolution, besonders in den 1860er Jahren, herausbildeten. Später kam es dann zur Gründung des Holzarbeiter-Verbandes, jener Gewerkschaft, die auch für die Pianofortebauer zuständig war.¹²⁷

¹²⁷ Mit der Entstehung großer und profitabel arbeitender Pianofortefabrikanten in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts wuchsen die sozialen Spannungen zwischen Belegschaft und Unternehmer und nahmen nach der Reichsgründung teilweise einen politischen und kämpferischen Charakter an. Da diese Vorgänge größtenteils außerhalb der zu bearbeitenden Zeitspanne liegen, jedoch was die Firma Bechstein betrifft, durchaus von Wichtigkeit sind, soll im folgenden kurz auf die Problematik der Streiks eingegangen werden. Vorreiter im Kampf um günstigere Bedingungen für die Arbeiterklasse waren die den Pianofortebauern berufsverwandten Bautischler, die von August bis Oktober 1871 erfolgreich um den 9 ½ - Stunden-Tag und Lohnerhöhungen gestreikt hatten. Als sie sich 1873 um den 8-Stunden-Tag und um eine Lohnerhöhung um 33 1/3% bemühten, solidarisierten sich auch die Berliner Pianofortearbeiter. Wie die Zeitung *Der Volksstaat* (Ausgabe vom 16. April 1873) berichtete, kamen die Berliner Instrumentenmacher am 27. März jenes Jahres in einer Gaststätte (Vauxhall) zusammen „und beschloss, die diesjährigen Lohnforderungen (33 1/3 % bei 9,5-stündiger Arbeitszeit) unbedingt aufrecht zu erhalten und diese nötigenfalls durch einen Streik zu erzwingen (...)“ (Heyde 1994: 216). In der gleichen Versammlung wurde sodann ein Schreiben von Bechstein verlesen, „welches derselbe an die Arbeiter seiner Fabrik gerichtet hat, und worin er mittheilt, dass er die diesjährigen Forderungen noch bewilligt, für die Folge aber, da der Bogen jetzt auf 's Höchste gespannt sei, lieber seine Fabrik schließen als nur noch einen Pfennig zulegen werde“ (aaO.).

Um den drohenden Streik zu verhindern, bildeten 52 Berliner Klavierfabrikanten, bei denen zu diesem Zeitpunkt 1.780 Arbeiter = 90 % der in diesem Gewerbebezweig Beschäftigten angestellt waren, eine Koalition. Die Fabrikanten hinterlegten eine Summe von 9.000 Talern „als Kautions für etwaige Conventionalstrafen“, wie *Der Volksstaat* am 10. Mai 1873 berichtete (aaO.). Es kam tatsächlich in verschiedenen Klavierbauunternehmen zu Streiks, die allerdings keinen nennenswerten Erfolg hatten. Eine wichtige Position zur Abwendung von Streiks hatte in den Pianofortefabriken der Werkmeister inne, der normalerweise das Vertrauen des Firmeninhabers und der Belegschaft gleichermaßen besaß. Im Herbst 1880 streikten die Berliner Pianofortearbeiter wiederum um

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors

Von 1850 an veränderte die Industrie – im Zusammenhang mit dem Verkehrswesen – das Raummuster der deutschen Wirtschaft und die regionale Verteilung des Wohlstandes. Einige Schwerpunkte der Industrialisierung waren identisch mit Regionen auch großer Gewerbeaktivität in vorindustrieller Zeit (z.B. das Wuppertal), andere Zentren änderten im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre Produktionsstruktur. Beispielsweise verließen die Textilgewerbe die Hauptstadt Berlin, die jetzt Standort der Kleiderkonfektion, des Maschinenbaus, der Elektroindustrie sowie von Banken und Versicherungen wurde. Sieht man von den rohstoffbedingten Konzentrationen ab, die insbesondere das Ruhrgebiet kennzeichneten, so war die Industrie in Deutschland relativ weit regional gestreut (vgl. Borchart 1977: 184). Um den thematischen Rahmen auf die signifikantesten Veränderungen in Bezug auf den Dienstleistungssektor zu beschränken, soll im folgenden auf den Eisenbahnbau, die Hauptstadt als Verkehrsknotenpunkt, Handels- und Bankenplatz sowie abschließend auf die Bevölkerungsentwicklung näher eingegangen werden.

Der Aufstieg Berlins zur Hauptstadt des Deutschen Reiches und zur Industriemetropole Deutschlands ist untrennbar mit der Entwicklung eines leistungsfähigen Eisenbahnwesens verbunden. Bereits die erste Eisenbahn in Preußen war eine Berliner Eisenbahn. Von Privataktionären finanziert, führte diese Bahn seit dem Herbst 1838 vom Platz vor dem Potsdamer Tor in Berlin über Zehlendorf nach Potsdam, dem Sommersitz des königlichen Hofes. Die Entwicklung des neuen Verkehrsmittels befand sich damals noch in den Anfängen, doch gab es nicht wenige Menschen mit Weitblick, die die neuen Dimensionen erkannten, die sich in Zukunft durch Eisenbahnen eröffneten. So kommentierte einst der Kronprinz und spätere König Friedrich Wilhelm IV. anlässlich der Eröffnung der Berlin-Potsdamer Eisenbahn: „Diesen Karren, der durch die Welt läuft, hält kein Menschenarm mehr auf!“ (vgl. Bley 1984: 114).

War um 1800 das Bild deutscher Landstraßen noch von Postkutschen und Fuhrwerksverkehr geprägt, so durchzog schon 50 Jahre später ein Schienennetz von etwa 6000 km das deutsche

höhere Löhne, kamen aber auch diesmal nicht durch, ebenso im April 1884. Die Arbeiter kämpften damals zusammen mit den Möbeltischlern für eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit, Aufbesserung der Löhne und Aufhebung der Sonntagsarbeit. Von jetzt an setzten die Pianofortearbeiter und Tischler ihre Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit durch, die nach ihrem Streik von 1896 die kürzeste in Preußen war. Nach einer Statistik des Holzarbeiter-Verbandes lag diese für die Berliner Pianofortearbeiter pro Woche bei 50-56 Stunden.

Während die ökonomisch schwachen Fabrikanten die Streiks zutiefst fürchteten, unterstützten die starken gelegentlich die Streiks (da für sie z.B. Lohnerhöhungen verkraftbar waren), wenn diese die lästige Konkurrenz auszuschalten halfen (so geschehen 1881 in Paris durch die Großfirmen Érard und Pleyel). Die Existenz vieler kleiner Firmen hing oft an einem seidenen Faden, der z.B. durch Streiks oder durch Preisschwankungen auf den großen Märkten zum Zerreißen gebracht werden konnte. So stellte sich der Streik um höheren Lohn gleichzeitig als Existenzkampf zwischen größeren und kleineren Unternehmen dar, ausgefochten mit den Verkaufspreisen ihrer Instrumente.

Reich (vgl. Borchardt 1977: 157). Hält man sich die von den verschiedenen Gefährten zurückgelegten Kilometer vor Augen, ist diese Entwicklung verständlich. Eine Postkutsche erzielte im Eilverkehr eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 10 bis höchstens 15 km/h, ein Fuhrwerkzeug legte nur 4 bis 5 km/h zurück. Mag auch die Reise- und Transportgeschwindigkeit der ersten Eisenbahnen von 22 bis 30 km/h gering erscheinen im Vergleich zu 100km/h für Durchgangs-Eilgüterzüge, so bedeutete doch das neue Verkehrs- und Transportmittel einen großen Fortschritt (vgl. Rübberdt 1972: 48).

Im November 1838 schuf Preußen mit seinem ‚Gesetz über die Eisenbahn-Unternehmungen im Preußischen Staate und über die Verhältnisse der Eisenbahngesellschaften zum Staate und zum Publicum‘ eine Rechtsgrundlage für sein Eisenbahnwesen¹²⁸. Finanzierung, Bau und Betrieb von Eisenbahnen verblieben bei Privatgesellschaften; der Staat behielt sich im Wesentlichen nur die Konzessionierung und die Aufsicht vor (vgl. Bley 1984: 114).

Die Erwartung lukrativer Gewinne und die bereits gemachten positiven Erfahrungen mit der Berlin-Potsdamer Bahn führten bald zur Gründung weiterer Eisenbahngesellschaften, unter ihnen die Gesellschaften mit ihren Strecken von Berlin über Dessau nach Köthen (1841/42), nach Frankfurt an der Oder (1842) mit Fortsetzung nach Breslau (1846) sowie nach Hamburg (1846) und die Verlängerung der Berlin-Potsdamer Bahn nach Magdeburg (1846). Nach Abschluss dieser ersten Entwicklungsphase verbanden fünf Fernbahnen Berlin strahlenförmig mit den wichtigsten Gebieten der preußischen Monarchie und ebenso mit den nächstwichtigen Seehäfen Hamburg und Stettin. „Man braucht nur die Eisenbahnkarte des Deutschen Reiches anzusehen, und man kann sie lesen wie eine stählerne Metapher der Tatsache, dass alles auf Berlin zulief, sich dort kreuzte und in veränderter Form wieder ins Land hinausging“ (Stürmer 1987: 92). Die Bahnstrecken endeten jeweils vor den Toren der Stadt auf getrennten Kopfbahnhöfen (vgl. Fischer 1987: 74). Dies war von der Steuerverwaltung gefordert worden,¹²⁹ die lediglich beim Bhf. der Frankfurter Bahn, dem späteren Schlesischen Bhf. und heutigen Ostbahnhof von dieser Forderung abgesehen hatte (vgl. Bley 1984: 114). Die Endbahnhöfe Berlins waren damals: Anhalter, Potsdamer, Stettiner, Görlitzer und Lehrter Bhf. Da die Bahnhöfe anfangs isoliert voneinander lagen, mussten die über Berlin hinaus zu befördernden Güter mit Pferdefuhrwerken von einer Bahn zur anderen überführt werden. Erst

¹²⁸ Neben den Vorschriften für Verwaltung und Betriebssicherheit der Bahnen, für die sich das preußische Handelsministerium die Oberaufsicht vorbehielt, regelte das Eisenbahngesetz u. a., dass konkurrierende Bahngesellschaften nicht mehrere Linien in dieselbe Richtung bauten, was seit den 1860er Jahren dann aber zunehmend doch geschah.

¹²⁹ Berlin war in jener Zeit von einer Stadtmauer, der sogenannten Akzisemauer, umgeben, welche die Einziehung der der Stadt zustehenden Steuern sicherstellen sollte.

im Herbst 1851 wurde der durchgehende Güterverkehr mit der Eröffnung einer auf Kosten des Staates gebauten eingleisigen Verbindungsbahn erheblich verbessert.¹³⁰

Es war also zur Zeit der Firmengründung Carl Bechsteins möglich, aus allen Teilen des Reiches Rohstoffe nach Berlin zu transportieren. Weitere Bahnbauten entfernt von Berlin ließen in den 1840er und 50er Jahren ein erstes weitmaschiges Eisenbahnnetz entstehen, das den Anschluss Berlins an fast alle größeren Orte im In- und Ausland herstellte. Auch innerhalb der Stadt kam die Infrastruktur in Schwung: Im Jahre 1865 begann der Aufstieg der Berliner Straßenbahn. Am 22. Juni jenes Jahres wurde die erste Pferdebahnlinie Berlins, die Linie vom Brandenburger Tor nach Charlottenburg, in Betrieb genommen. Seit August desselben Jahres verkehrte diese Linie am Kupfergraben in Berlin. Betreiber war die Berliner Pferdeeisenbahn-Gesellschaft E. Besckow, Kommanditgesellschaft auf Aktien. Die 1871 gegründete Große Berliner Pferdeeisenbahn verband in wenigen Jahren die äußeren Stadtteile Moabit, Wedding, Gesundbrunnen und die Gemeinden Tegel, Pankow, Treptow, Rixdorf, Tempelhof, Schöneberg und auch Charlottenburg (über Moabit) mit der Berliner Innenstadt (vgl. Jung/Kramer 1984: 128).

Der vom Eisenbahnbau ausgehende Anreiz „führte dazu, dass der ganze Verkehr auf eine neue Grundlage gestellt wurde, dass überall neue Märkte erschlossen und bisherige Absatzgebiete erweitert wurden, nachdem die bisherige Produktion größtenteils nur für einen engen lokalen Bereich Bedeutung hatte“ (Rübberdt 1972: 49).

Auch die traditionellen Transportwege wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts systematisch ausgebaut, so dass in Deutschland um 1850 „etwa 730 km Kanäle und 1.400 km kanalähnlich ausgebaute Flüsse zur Verfügung standen“ (Borchardt 1977: 158). Da keine genauen Zahlen über das Verkehrsaufkommen vorhanden sind, lässt sich nur vermuten, daß auch die Binnenschifffahrt einen Aufschwung genommen hat, da die Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 die Freiheit des Verkehrs auf den Flüssen durchgesetzt hatten (vgl. Borchardt 1977: 158 f.). Die Stadt war auch als Mittelpunkt eines weitverzweigten Fluss- und Kanalsystems zweitgrößter Binnenhafen Deutschlands (vgl. Stürmer 1987: 92). Berlin war somit auf dem Wasserwege über die Spree, die Havel und durch die Nähe der Oder verkehrstechnisch gut erreichbar.

¹³⁰ Diese erste, ca. 10 km lange Staatsbahnstrecke in Berlin führte überwiegend parallel zur Stadtmauer vom Stettiner Bhf. zum Schlesischen Bhf. und besaß Anschlüsse an den Hamburger Bhf., den Potsdamer und den Anhalter Bhf.; Personenverkehr war nicht vorgesehen.

Nachdem der Bestand befestigter Straßen um die Mitte des 19. Jahrhunderts in ganz Deutschland bereits rund 50.000 km betrug, kam ein weiteres Verkehrsmittel, nämlich die Omnibusse, 1846 mit der Gründung der Concessionierten Berliner Omnibus-Compagnie auf den Plan, der die Genehmigung für fünf Linien erteilt wurde (vgl. Borchart 1977: 159). Da die Grundsätze des preußischen Gewerbegesetzes von 1861 auch für das Omnibusgewerbe maßgebend waren, entstand bald eine ungesunde Aufblähung des Berliner Omnibusnetzes. Im Jahre 1865 wurde die Berliner Omnibus-Gesellschaft, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, G. Busch – S. Rosenberg gegründet, die alle bestehenden Omnibuslinien bis zum Januar 1866 übernahm und durch Straffung des Betriebes viel zur Besserung im Berliner Omnibuswesen beitrug (vgl. Jung/Kramer 1984: 130). Die von Werner von Siemens als Miteigentümer der Fa. Siemens & Halske 1866 erfundene Hochbahn mit Dynamomaschine und damit Elektromotor kam allerdings erst 1879 zum Einsatz. Im Gegensatz zur großen, schweren Dampflokomotive war der saubere elektrische Antrieb ideal für den Schmutz verursachenden innerstädtischen Bahnbetrieb geeignet. Die Entwicklung der Elektrischen Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin begann dann erst wesentlich später im Jahr 1902.

Eine wichtige Voraussetzung für den Eisenbahnbau und den damit verbundenen industriellen Aufschwung war die Bereitstellung von Arbeitskräften in bisher unbekanntem Ausmaß. Hierauf wird in Kapitel III (C, II, 1) ausführlich eingegangen. Die zweite Vorbedingung war sicher die gelockerte Zollpolitik, die zur Entwicklung des Binnen- und Außenhandels beitrug und auf die bereits eingangs dieses Kapitels II näher Bezug genommen wurde. Schließlich war eine neuartige Kapitalbeschaffung in großem Stil mitverantwortlich für das enorme wirtschaftliche Wachstum in Deutschland.¹³¹

Was die Banken betrifft, so veränderte sich in der Jahrhundertmitte die Szene in wenigen Jahren vollständig. Berlin lag im vortelegraphischen Zeitalter weit ab vom Schuss und konnte kein weit verzweigtes Netzwerk im Bankensektor, wie etwa das der Rothschilddynastie Frankfurts, aufweisen. Während z.B. die Finanzierung der Eisenbahnen noch weitgehend nach dem Muster der Staatsschuldenaufnahme erfolgte, hier allerdings auch schon die öffentliche Platzierung von Aktien sowie Anleihen durch Kapitalnachfrager möglich war, bedurften einige Zweige der Industrie der Hilfe bei der Kapitalvermittlung, die ihnen in der überkommenen Form nicht gewährt werden konnte, weil für große Geldgeber nur geringe Refinanzierungsmöglichkeiten bestanden (vgl. Böhme 1996: 91). Obgleich schon im Revolutionsjahr 1848 die Umwandlung des illiquid gewordenen Privatbankhauses Abraham Schaaffhausen in Köln die Gründung der ersten preußischen Aktienbank darstellte, hat doch

¹³¹ Z. B. durch Beteiligungsmöglichkeiten an Aktiengesellschaften.

erst das Modell der Gebrüder Pereire in Paris (und wohl auch der älteren belgischen Banque Générale) die hierin steckenden Möglichkeiten enthüllt (vgl. Borchardt 1977: 191). Von 1853 bis 1856 wurden einige Aktienbanken oder Kommanditgesellschaften beträchtlicher Größe mit der ausdrücklichen Zwecksetzung der Industriefinanzierung errichtet (z.B. 1851 die Disconto-Gesellschaft, 1853 die Darmstädter Bank für Handel und Industrie oder 1856 die Berliner Handelsgesellschaft). Während zwischen 1818 und 1849 in Deutschland nur 18 Aktiengesellschaften gegründet worden waren, waren es allein in der Zeit von 1850 bis 1859 ganze 251 (vgl. Deutscher Bundestag 1993: 166 f.). Die Aktiengesellschaften hatten den Vorteil eines verminderten Risikos: Der Anteilseigner haftete nur noch mit seiner Kapitaleinlage, nicht aber mit seinem privaten Vermögen; und Aktien konnten jederzeit wieder kapitalisiert werden.¹³² Die Gewinnaussichten waren glänzend. Deshalb bereitete z. B. die Finanzierung neuer Eisenbahnstrecken keinerlei Probleme.

In der Hauptsache wurden die Mittel der Banken zu direkten meist langfristigen, teils gesicherten teils ungesicherten Darlehen an Industrie- und Handelsunternehmen und zu Gesellschaftsgründungen verwendet (vgl. Stolper 1964: 30).¹³³ Die Banken selbst lösten dann ihre eigenen Engagements durch Vermittlung bei der Aktienemission ihrer Kunden ab. Gründungen oder Kapitalemissionen wurden entweder von einer Bank allein durchgeführt oder, wenn es sich um größere Unternehmen handelte, von einer Bankengruppe, den sog. Konsortien oder Syndikaten. Die Bank oder Bankengruppe übernahm die auszugebenden Aktien zu einem festen Preis und suchte sie im Publikum unterzubringen. Auf diese Weise blieben namhafte Mengen der Aktien und Obligationen von Industrie- und Handelsgesellschaften dauernd in ihren Portefeuilles. Überdies regulierten sie den Markt durch Zukauf von Aktien und Obligationen oder aber mittels reiner Spekulationsgeschäfte. Nach Schulze-Gävernitz¹³⁴ wurden die Banken von 1848 an in revolutionärem Geist gegründet als Werkzeuge, die sich die Industrie selbst zur Finanzierung ihrer Investitionen schuf in ausgesprochener Gegnerschaft zu den Privatbankiers, den Vertretern der Finanzbourgeoisie (*haute finance*). Die zumeist adligen Bankiers waren zu jener Zeit die allmächtigen Beherrscher des Kapitalmarktes, an ihrer Spitze das Haus Rothschild, das ursprünglich aus Frankfurt/M. stammte (vgl. Stolper 1964: 31). Davon, dass Großbanken zu

¹³² Die im Jahr 1863 von Friedrich Hitzig erbaute Berliner Börse war ein anschauliches Beispiel für die gestiegene Bedeutung dieser Institution.

¹³³ Wenngleich die Aktienbanken im industriellen Gründungsgeschäft eine führende Rolle spielten, kam es auch zum Engagement wichtiger Berliner Privatbanken wie z. B. Gerson Bleichröder im Bereich Brauereien und Eisenbahnen, die Gebrüder Schickler in der rheinischen und schlesischen Schwerindustrie, außerdem Delbrück, Leo & Co., Mendelssohn & Co. usw. (vgl. Böhme 1996: 98).

¹³⁴ *Die deutschen Kreditbanken*, 1922.

Zentren des industriellen Entwicklungsprozesses geworden sind, kann man erst seit der Gründerperiode der siebziger Jahre sprechen, in der die Banken für die Entwicklung großer Industrieunternehmen von strategischer Bedeutung waren. Sie veränderten vor dem Hintergrund der Konkurrenz zu englischen Häusern mit dem Akzeptkredit die Außenhandelsfinanzierung und damit die bisher gewohnte Finanzierungspraxis. Angesichts der engen Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Bankwesen seit ihrem Ursprung ist es nur natürlich, dass die Gründungen der Großbanken in die beiden Aufschwungsperioden der Industrie vor dem Ersten Weltkrieg, die der frühen Fünfzigerjahre und der frühen Siebzigerjahre, fielen.¹³⁵ In der Zeit von 1853 bis 1872 entstanden die ersten Aktienbanken mit dem z. T. ausdrücklichen Zweck der Industriefinanzierung, später der Außenhandelsfinanzierung wie 1853 die Darmstädter Bank für Handel und Industrie, 1856 die Berliner Handelsgesellschaft, 1870 die Deutsche Bank¹³⁶ und die Commerz- und Discontobank sowie 1872 die Dresdner Bank. Auch im Bereich des ländlichen Finanzierungssektors gab es Neugründungen genossenschaftlicher Solidarverbände mit dem Ziel einer leistungsfähigen Kreditorganisation (vgl. Borchardt 1977: 191-193; Henning 1995: 178-181; Böhme 1996: 102). Im neugegründeten Reich etablierte sich Berlin endgültig als Finanzzentrum, in das die Hauptverwaltungen der größten Banken ihre juristischen Sitze verlegten.¹³⁷ Die Berliner Banken breiteten sich über die Provinz aus, sie gründeten Zweigstellen und nahmen kleinere, später auch größere Provinzbanken in sich auf.

¹³⁵ Die neuen Aktienbanken als „anonyme Kapitalorganisationen“ (Böhme 1996: 99) übernahmen nach der Krise von 1873 die Führung (vgl. das Bsp. der Deutschen Bank).

¹³⁶ War bereits 1876 die größte Bank Deutschlands und ihr Erfolg beruhte auf internationaler Präsenz (v. a. am Bankplatz London), einer planmäßigen Industriepolitik und Exportförderung und auf bankmäßigen Innovationen wie z. B. der von Georg v. Siemens eingeführten Tagesgeldverzinsung (vgl. Böhme 1996: 102).

¹³⁷ Bank für Handel und Industrie 1872, Dresdner Bank 1881 usw. Mit der Kündigung des Monopols der Frankfurter Rothschilds für die Emission preußischer Anleihen im süddeutschen Raum orientierten sich diese Staaten mit ihrem Kreditbedarf immer stärker auf Berlin hin. Symbolisch die Tatsache, dass Bismarck 1866/67 seine private Bankverbindung mit dem Haus Rothschild zugunsten des Hauses Bleichröder in Berlin auflöste.